

Erst CETA, dann TTIP und jetzt auch noch TISA

Wer kennt diese Abkürzungen? Die ersten zwei sind Abkürzungen, für Freihandelsabkommen, welche die EU-Verantwortlichen zu Gunsten der Wirtschaft hinter verschlossenen Türen, also im Geheimen, ersteres mit Kanada bereits abgeschlossen haben und zweites mit den USA in Verhandlungen sind.

TISA (Trade in Service Agreement) ist ein Dienstleistungsabkommen, welches von der Öffentlichkeit unbemerkt derzeit zwischen der EU und 22 außereuropäischen Staaten verhandelt wird.

Wenn man den Informationen der Bürgeraktion „Mehr Demokratie e.V.“ folgt, sollten gegenüber diesem Abkommen in allen Kommunen, also in allen Städten und Gemeinden, die Alarmglocken ganz laut erschallen, denn die möglichen (negativen) demokratiepolitischen Auswirkungen stehen denen von CETA oder TTIP in nichts nach.

Durch die Einführung von TISA könnten zwei besonders bedenkliche Klauseln Realität werden. Dieses ist zum einen eine Stillhalteklausele, die beinhaltet, dass alle bereits privatisierten Dienstleistungen, welche vormals durch die öffentliche Hand erfolgten, auch in Zukunft liberalisiert bleiben müssen.

Zum anderen wird die „Ratchet-Klausel“, verhandelt, die eine Rekommunalisierung von nach Abschluss des Abkommens liberalisierte Dienstleistungen verbietet.

Die Auswirkungen, die zwar noch nicht in ihrer vollen Ausdehnung abzusehen sind, dürften aber den Entscheidungsspielraum der gewählten Kommunalpolitiker noch weiter eingeschränkt, zu Gunsten privater Konzerne. Städte und Gemeinden geraten zusehends in Abhängigkeit einer rein profitorientierten Wirtschaft.

Es könnte eine Vielzahl der Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge von einer Privatisierung betroffen sein. Im Verhandlungsmandat der EU sind lediglich Polizei, Justiz und Strafvollzug explizit ausgeschlossen. Alle anderen Bereiche stehen zur Disposition und es könnten je nach Ausgang der Verhandlungen die Kommunen gezwungen werden, Dienstleistungen in Wettbewerbsverfahren auszuschreiben. Zum Beispiel müsste die Wasserversorgung an den günstigsten Bewerber vergeben werden. Dieser ist aber nicht unbedingt der am besten geeignete, bzw. hat entsprechende Fachleute, die etwas von Wasserwirtschaft verstehen.

Für Velbert, so könnte man Schlussfolgern, stehen die TBV, die Stadtwerke genauso die vielen selbständig agierenden städtischen Eigenbetriebe zur Disposition und könnten künftig unter fremden Einfluss geraten.

Sonderklagerechte für Konzerne, die in TTIP bereits vorgesehen sind, könnten im Rahmen von TISA-Vereinbarungen für Stadt- und Gemeinderäte besonders problematisch werden. Hohe Schadensersatzforderungen der privaten Wirtschaft, verhängt durch private Schiedsgerichte könnten wirtschaftlich klammen Kommunen

jeglichen Spielraum für noch irgendwelche freiwillige Leistungen an die Öffentlichkeit nehmen.

Nicht mehr die Politik würde somit Einfluss auf das Geschehen in den Städten und Gemeinden nehmen, sondern rein wirtschaftliche Interessen haben Vorrang vor öffentlichen Notwendigkeiten.

TISA Ist eine Gefahr für öffentliche Güter und Dienstleistungen, ist eine Gefahr für die Demokratie und TISA ist eine Gefahr für Transparenz im unmittelbaren Umfeld der Menschen zu ihren Kommunen.

Der Velberter Stadtrat sollte sich über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zusammen zu setzen, sich zu beraten und sich gegen den Abschluss von TISA durch z.B. eine gemeinsame Resolution zur Wehr zu setzen.

Dietger Döhle

Velbert den 13.12.2014

Ständige durch die freie Wirtschaft ausgelöste inflationäre Preisentwicklungen und oft unbemerkte Steuer- und Abgabenerhöhungen seitens der Regierungen und Verwaltungen tun ihr Übriges dazu.

Finanzielle Sicherheiten, die nötig wären um eine in die Zukunft gerichtete Lebensplanung für die Menschen zu gewährleisten, werden nicht mehr angeboten. Alle Verantwortlichen, die sich blind vom Zeitgeist antreiben lassen sind letztlich nicht weise genug um jeweils vor dem Überspannen des Bogens inne zu halten.

Problemlösungen sind gefragt

Die drei vorgenannten Gründe, die für die Schrumpfung unserer Gesellschaft angeführt wurden, müssen nicht die Einzigen sein. Es sind aber die Gravierenden. Mit der Benennung der Gründe kann nicht der Eindruck erweckt werden, man müsste nur in alte Strukturen und Gepflogenheit zurück verfallen und alles wäre wieder gut – Nein. Es wird deutlich, dass wenn man nicht weit genug voraus denkt, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung, wie wir jetzt sehen, in eine fatale Richtung bewegt.

Wir werden weniger, wie bleiben wir trotzdem innovativ und wettbewerbsfähig, wird auf der einen Seite gefragt. Andererseits steht die Frage in Raum: „Wir leben länger. Was machen wir aus den gewonnen Jahren? Für diese Fragen muss noch nach klugen Antworten gesucht werden.

Der erste Teil dieses Fragekomplexes, betrifft ein allgemein gesellschaftliches Problem von Jung und Alt. Der Staat einschließlich die gewählte Regierung, die eigentlich dafür sorgen sollten Vorkehrungen zu treffen, um die sozialen Voraussetzungen für eine effektvolle Familienplanung zu schaffen, versagt total. Die Beihilfen in Form von Kindergeld, Erziehungsgeld, Aufstockung der Mutterrente oder die Verpflichtung zur KITA-Nutzung helfen nur wenig, damit wieder mehr Kinder geboren werden.

Zurzeit schwappt eine Kampagne zur Aufwertung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch die Lande. Nur wie dadurch mehr Kinder geboren werden könnten erschließt sich auch nicht so recht. Vielmehr wird der Versuch einer Umerziehung immer deutlicher, der Momentan darin gipfelt, dass bestimmte politische Interessengruppen die Worte „Mutter und Vater“ aus dem deutschen Wortschatz entfernen und durch Pseudobegriffe ersetzen wollen.

So bliebe eine Überlegung nach einer vorausschauenden Einwanderungspolitik übrig. Wäre hiermit das Problem der abnehmenden Bevölkerung zu lösen?

Eine solche Lösung bedarf jedoch sehr viel politischen Fingerspitzengefühls. Denn weltweit, außerhalb Europas, erleben wir eine Bevölkerungsexplosion. Man erinnere sich, dass es zu Anfang des 19. Jahrhunderts nur etwa eine Milliarde Menschen weltweit gab, waren es Mitte des 20. Jahrhunderts gerade einmal zwei Milliarden, so bewegen wir uns derzeit stark in Richtung von acht Milliarden Menschen. Eine Menschenmenge, die es noch nie auf dem Planeten Erde gab.

Dabei stellen wir fest, dass sich ausgerechnet jene Teile der Menschheit explosionsartig vermehren, denen es wirtschaftlich am schlechtesten geht, während Diejenigen, die imstande sind, die momentan auf unserem Planeten arbeitende Technik unter Kontrolle zu halten, immer weniger werden, was für die Zukunft

vorsichtig ausgedrückt, global gewisse Verwerfungen und Unrundheiten erahnen lässt.

Dadurch, dass aus dem weltweiten Überschuss von Menschen immer mehr in das vom selbst zu verantworteten „Aussterben“ bedrohte Europa drängen, lässt Visionen immer größeren Raum geben, die dem einfachen Bürger besondere Ängste machen. Zumal Volksgruppen, die durch ihr Erscheinungsbild die hiesigen Stadtbilder immer stärker prägen, als eine Art optische Landnahme wahrgenommen werden.

Es nützt wenig, wenn die regierenden Eliten und im Besonderen die der links-grünen Politik nahe stehenden, nicht müde werden mit dumpfen Parolen z.B. von der „Bereicherung“ der Gesellschaft durch die herbei strömenden Menschen fremder Kulturkreise die heimische Bevölkerung zu beruhigen versucht, aber keine Details benennt, welcher Reichtum letztlich, der dazu noch im Überfluss mitgeführt werden müsste, als „Gastgeschenk“ eingebracht wird.

Deutschland hat zurzeit etwa 80,7 Millionen Einwohner, davon sind etwa 7,6 Millionen Ausländer, und etwa 8 Millionen bereits in den letzten Jahren eingebürgerte Mitbürger mit Migrationshintergrund.

Wird der ungebremsste Zuzug immer größer, so sorgen sich die Alteingesessenen, dass sich nicht ausbleibenden Spannungen zwischen den Menschen unterschiedlicher ausländischer Herkunft auch hier letztlich in Bürgerkriegen entladen könnten. Wobei zu befürchten ist, dass dabei viele unschuldige Menschen zu Schaden kommen.

Denken wir nur an die grausamen Verbrechen vor wenigen Jahren im ehemaligen Jugoslawien, oder in den russisch dominierten Kaukasusrepubliken, aktuell erleben wir kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine.

Mit dem Unwort „ethnische Säuberung“ wurden und werden die Auseinandersetzungen der Menschen unterschiedlicher Kulturkreise lapidar umschrieben.

Im Moment erkennt man von unseren politisch Verantwortlichen keine Klugheit. Hofft man denn darauf, indem Deutschland ganz einfach zum Einwanderungsland erklärt wurde den Bevölkerungsschwund der Urbevölkerung wett zu machen? Oder stecken andere politische Absichten dahinter, die man uns zurzeit noch nicht offenbaren will? Von Außerhalb unseres Landes wird geäußert, Deutschland würde den klassischen Einwanderungsländern, wie z.B. USA, Kanada oder Australien inzwischen den Rang ablaufen, in der Gunst das populärste Zuwanderungsland zu sein.

Eine zeitweise Aufnahme von Kriegsflüchtlingen oder eine überschaubare Fluktuation zwischen einwandernden und auswandernden Menschen darf nicht das Problem sein, dagegen aber die unbegrenzte Masse der auf Dauer hier bleiben wollenden sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge.

Es sollte überlegt werden, dass es doch viel sinnvoller wäre den Menschen, dort in ihrer Heimat, in der sie verwurzelt sind, Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten.

Ist es ethisch denn vertretbar, dass wir hier in Europa aus den wirtschaftlich schwächeren Ländern Fachkräfte abwerben, damit diese hier ausgenutzt werden, um unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten oder zu mehren, zumal diese Menschen zum Aufbau der Wirtschaft in ihren Heimatländern viel dringender gebraucht würden? Man könnte diesbezüglich auch von einer Fortsetzung der Kolonialzeit in moderner Form sprechen.

Es stellt sich also die große Frage, sollen wir in Deutschland und in Europa unsere Probleme mit der schrumpfenden Gesellschaft durch den weltweiten Überschuss an Menschen lösen lassen? Was handeln wir uns dafür ein? Sind wir etwa nicht klug genug, oder ideologisch so verblendet, um unsere selbst erzeugten demografischen Probleme selbst zu lösen?

Wir leben länger. Was machen wir aus den gewonnenen Jahren?

Betrachten wir noch den zweiten Teil des obigen Fragenkomplexes, der speziell nur die älteren Menschen des Landes betrifft.

Dafür hat die Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten anzubieten, die das Leben der immer mehr werdenden aber bereits aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Menschen vereinfachen könnte.

Man erarbeitete technische Lösungen, um vor allem den alten Menschen ein selbst bestimmtes längeres verweilen in ihrem angestammten Wohnumfeld zu ermöglichen. Dazu zählen z.B. Sensoren, die einen Herd abschalten, sobald eine Überhitzung droht. Altengerechte mobile Funkstationen, die körpernah stets mitgeführt im Notfall Hilfen herbei rufen können. Einstiegshilfen für Badewannen, Treppenlifte usw. Die Gestaltung von Netzwerken für Mehrgenerationengemeinschaften oder ausschließliche Altenwohngemeinschaften, damit sich der Personenkreis der Alten gegenseitig helfen kann, wurde auch vorgeschlagen.

Das „die Alten“ künftig länger arbeiten könnten, wäre noch eine Möglichkeit. Nur in wie weit ist aber die Wirtschaft und vor allem die produzierende Industrie willens ausreichend **altengerechte Arbeitsplätze** oder Arbeitszeitkonten einzurichten?

Es steht die Forderung im Raum, dass lebenslanges Lernen nötig sein wird. Doch hier zeigt sich die Erkenntnis: „wenn Hänschen nicht lernt, lernt's Hans auch nicht mehr“.

Unser Bildungswesen befindet sich trotz steter gegenteiliger Beteuerungen der links-grünen Politik im „Sinkflug“. Es bedarf eigentlich grundlegender Reformen, damit unseren Kindern wieder mehr individuelles, auf die jeweiligen Persönlichkeiten zugeschnittenes Wissen beigebracht werden kann. Dabei sollte auf ihre besonderen Fähigkeiten und Neigungen mehr Augenmerk gelegt werden, statt sie in öffentlichen Einheitsschulen in ein gleichmachendes Wissens- oder Nichtwissens-Korsett zu pressen.

Statt aus dem demografischen Wandel auch einmal Vorteile zu generieren, dadurch dass ja immer weniger Kinder beschult werden müssen, könnten doch die Klassenfrequenzen nachhaltig gesenkt werden. Wir erfahren aber durch die Verantwortlichen der Kommunen das auf Grund von Sparzwänge eher an Schließungen von Schulen gedacht wird.

Maschinen bedienen? – kein Problem, es wird ja immer leichter, aber wie sieht es mit dem Dienst an alten und gebrechlichen Menschen aus?

Es ist zwar eine „Sozialindustrie“ mit gigantischen finanziellen Mitteln errichtet worden, sie dient aber nicht in erster Linie dazu um Rentnern, Pensionären und Bedürftigen das Leben leichter zu machen, sondern um einem bestimmten Klientel auf viele Jahre ein gesichertes und finanziell lukratives Pöstchen zu verschaffen. Wir staunen stets, wenn unsere Regierung horrenden Zahlen benennt, die für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden, dass aber ein großer Teil davon die

„Sozialindustrie“, die zudem immer bürokratischer wird, am Leben erhält, wird dabei außen vor gelassen.

Besonders unbefriedigend ist das vom Bund maßgeblich mit gesteuerte Gesundheits- und Pflegewesen. Auf der einen Seite wird durch die moderne Medizin das Leben der Menschen verlängert, auf der anderen Seite werden Bedürfnisse, die sich durch die älter werdende Gesellschaft ergeben nicht berücksichtigt. Nur ein Beispiel: Der Hausarzt, der als erster oder als nächster Mediziner den älteren Menschen gegenüber steht, wird durch ein widersinniges pauschales Abrechnungssystem daran gehindert, eine vermehrte Zuwendung, welche alte Menschen fast zwangsläufig benötigen, zu gewähren. Darüber hinaus wird die Versorgung der Menschen mit ausreichenden Allgemeinmedizinern besonders in ländlichen Gebieten sehr vernachlässigt.

Ähnlich sieht es mit dem Pflegewesen aus. Pflegedienste, die personell unterbesetzt und nur nach Zeit arbeiten, sind eine Perversion alten Menschen gegenüber, die sich dann auch nur wie eine Maschine bedient fühlen.

Den Kommunen obliegt es städtische Strukturen so anzupassen, dass die Menschen möglichst barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen haben. Öffentlich zugängliche Toiletten in ausreichender Anzahl gehören auch dazu. Der Aufenthalts- und Erholungswert in den Stadtzentren darf auch nicht aus den Augen verloren werden, damit sich Jung und Alt dort treffen können, genauso wie die Schaffung von Voraussetzungen für eine dezentrale Grundversorgung der Menschen mit entsprechenden Bedarfsgütern.

Ist Velbert auf die Zukunft vorbereitet?

Wir haben ganz nüchtern und unvoreingenommen einige Aspekte des demografischen Wandels und die dadurch notwendigen werdenden Reaktionen beleuchtet.

Vieles muss noch verbessert werden. Wir sollten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es Städte und Regionen in Deutschland gibt, bei denen man erwartet, dass sie nicht vom Bevölkerungsschwund betroffen werden. Zumindest Prognosen lassen das so vermuten. Zu einer der Städte gehört unsere Landeshauptstadt Düsseldorf. Alle Voraussagen deuten darauf hin, dass dort auch in Zukunft eine stete Zunahme der Bevölkerung zu erwarten ist. Wie aus der Stadtverwaltung Düsseldorfs zu vernehmen war, ist man zudem auch auf die Bedürfnisse der immer älter werdenden Mitbürger gut vorbereitet.

Die Städte im Umland von Düsseldorf zu denen man Velbert noch zählen kann, sollten sich schnellstens besinnen ihre Kommunalpolitik so auszurichten, dass sie von der Entwicklung in der Landeshauptstadt partizipieren können. Denn wer nicht rechtzeitig wach wird, verschläft die Zukunft.

Man sollte nicht verkennen, dass jede Entscheidung welche letztlich durch Verwaltung und Politik für die Stadt Velbert, seine Bürger und Bürgerinnen getroffen werden muss, hat, wenn nicht direkt, aber oft indirekt auch Einfluss auf demografische Aspekte.

Es stellen sich somit Fragen: stehen genügend Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung, ohne dass die Stadt an den Rändern zersiedelt wird. Genauso, wie sieht es mit Gewerbeflächen für Betriebserweiterungen oder Betriebs-Neuansiedlungen

aus? Ist der öffentliche Nahverkehr zur rechten Zeit stets gut getaktet? Sind die Straßen und Gehwege in einem sicheren Zustand? Sind Schulen ausreichend und in gutem Zustand, in dem Lernen Freude macht, vorhanden? Haben die Mitbürger in den einzelnen Stadtteilen ausreichende und gute Möglichkeiten Sport zu treiben oder kulturelle Veranstaltungen zu besuchen? Gibt es genügend Freizeiteinrichtungen und ist die Grundversorgung mit Lebensmittel und Gebrauchsgütern wohnortnah gesichert?

Alles hat Einfluss darauf, dass Menschen gern im Ort wohnen bleiben und dass viele Neubürger sich bereitfinden hier her zu ziehen. Wenn Verwaltung und Politik jeweils gute und zukunftsorientierte Entscheidungen treffen würden, brauchte man vor der Zukunft auch in Velbert nicht bange zu sein.

10.11.2014
Dietger Döhle

Das Problem mit der Bildung

Schulpolitik im Dienste und unter Einfluss von Wirtschaft und Machteliten?

Eines der brennendsten kommunal politischen Themen, die der neue Velberter Stadtrat diskutieren wird, wird die örtliche und öffentliche Schulentwicklung sein. Dabei geht es vordergründig zwar nur darum, wird die existierende und gut funktionierende Realschule endgültig abgeschafft und eine neue Sekundarschule eingerichtet, oder wird es als vorteilhafter dargestellt gleich eine zweite Gesamtschule zu installieren? Oder belässt man es so, wie es zurzeit ist?

Beliebige Zeugnisse

Egal welcher Kompromiss gefunden wird oder wie sich die Mehrheiten in Velberter Rat entwickeln – alles wird zu kurz greifen - so lange die derzeitige öffentliche Bildungspolitik in Deutschland und speziell in NRW nicht einem grundsätzlichen Wandel unterzogen werden kann.

Eine aktuelle Bildungspolitik, die seit fast 70 Jahren das Bildungsniveau der jungen Menschen im Lande immer schneller abstürzen lässt, dabei den Tiefpunkt aber noch lange nicht erreicht hat.

Man erkennt es unter anderem daran, dass verunsicherte Eltern von Schulkinder im Wesentlichen nur noch danach Ausschau halten, **„wo erhält mein Kind am wahrscheinlichsten ein brauchbares Abschlusszeugnis“** und nicht, **„ wie und wo erhält mein Kind ein für seine Belange und Auffassungsgabe bestmögliches und umfassendes Wissen vermittelt“**.

Dabei wird man aufpassen müssen, dass z.B. ein erreichtes Abiturzeugnis demnächst nicht beliebig wird, einfach nur der Links-Grünen politischen Ideologie geschuldet, der so genannten „Chancengleichheit“.

In Velbert wird es letztlich darum gehen, was ist hier finanziell zu stemmen, um für die einheimischen Kindern die Unzulänglichkeiten öffentlicher schulischer Bildungseinrichtungen aufrecht zu erhalten unter vertretbaren strukturellen Bedingungen.

Die Parteien, die dabei vollmundig einen Elternwillen in den Vordergrund stellen argumentieren sehr blauäugig, denn es wird immer nur um einen Teil der Eltern gehen, deren Wille durchgesetzt werden kann, auf Kosten eines anderen Teils der Eltern, deren Wille unberücksichtigt bleiben muss.

Einheitsschulsysteme

Andererseits sind unsere kommunal Verantwortlichen nicht zu beneiden, denn wie es für die nächste Zukunft aussieht, sollen sie einem öffentlichen Schulsystem den Weg bereiten, welches sehr starke Ähnlichkeiten mit dem Schulsystem der ehemaligen DDR bekommt.

Denn mit der Gesamtschule, der Sekundarschule und letztlich der Primusschule als derzeit allein angestrebte Schulformen wird eindeutig das System hin zur Einheitsschule in den Fokus gerückt.

Gemeinsames Lernen der Kinder vom ersten bis zehnten Schuljahr in der gleichen Schule, wird vollmundig als Erfolgsmodell dargestellt. Weitere zwei oder drei Jahre, bis zur Erlangung des Abiturs – muss abgewartet werden, wie die herrschenden Politiker aus Bund und Ländern, zunehmend auch fremdbestimmt aus Brüssel, das System mit oder ohne Gymnasium weiter zu entwickeln beabsichtigen.

Man wird wirtschaftliche Gründe in den Vordergrund stellen sich politisch nur noch diese bevorzugten neuen Einheits-Schulsysteme leisten zu können, auf Grund der prekären finanziellen Situationen in den deutschen Kommunen. Es wird alles daran gesetzt, nur noch ein Einheitssystem zuzulassen, an Stelle wünschenswerter vielfältiger auf die jungen Menschen im Einzelnen eingehender Bildungssysteme.

Dabei werden unsere Regierungen nicht müde über die gleich geschalteten Medien Argumente zu finden, um uns, dem Wahlvolk, zu suggerieren, dass die derzeitige Bildungspolitik mit der aufgezwungenen Einfallt ein alternativloses Erfolgsmodell ist.

Dass dabei viele Diskrepanzen ausgeblendet werden, spielt keine Rolle. Einerseits dass aus der Wirtschaft heraus über mangelnde Vorbildung beklagt wird bei den ihr zur Verfügung stehenden Ausbildungsaspiranten. Andererseits werden immer wieder Stimmen laut, „in Deutschland fehlten viele ausreichend gut qualifizierte Menschen, die aus dem Ausland geholt werden müssten, um den Mangel in der Wirtschaft auszugleichen“.

Aktuell wird ein Programm aufgelegt, so liest man in der Tagespresse, welches zehntausende unausgebildete junge Menschen aus dem Ausland nach Deutschland holen soll, um sie hier in die sozialen Systeme mit einzugliedern.

Die Universitäten halten am Numerus Clausus fest, dabei überspielen sie in der Folge jedoch eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Studienabbrecher, die frustriert ihr Studium aufgeben, ob der Wissensdefizite, welche sie sich in den öffentlichen weiterführenden Schulen eingehandelt haben, so dass letztlich nur ein Bruchteil der ehemaligen Studienanfänger auch ihr Studium mit einem Examen abschließen.

Diese wiederum finden aber zum Teil in Deutschland keinen adäquaten Arbeitsplatz, so dass wiederum viele junge ausgebildete Menschen letztlich im Ausland ihr berufliches Glück suchen.

Im Feuilleton der FAZ wurde dieser Tage der **Analphabetismus als geheimes Bildungsziel** zum Thema gemacht. Das ständige herunter schrauben von Standards bei den zu erzielenden schulischen Leistungen und insbesondere beim deutschen Sprachenunterricht, erscheint nur als ein Anzeichen dafür. Gravierender ist aber, dass aus Richtung der Links-Grünen Politik das Festhalten wollen an unserer deutschen Hochsprache als verzichtbares Privileg von sogenannten Bildungseliten denunziert wird.

In der Politik passiert nichts rein zufällig – auch wenn die Ursachen Jahrzehnte zurück liegen.

Man muss sich also schon die Zeit nehmen können, um etwas in der Tiefe einer Sache zu forschen und fündig zu werden.

So erfährt man, wer sich mit Bildung auseinandersetzt, muss sich auch mit Kultur beschäftigen. Beides, **Bildung und Kultur**, ist voneinander abhängig, was bereits unser großer Wissenschaftler von Humboldt zu seiner Zeit hervorhob.

Wer Bildung und Kultur in einem Staat zu trennen versucht, der reißt „die Seele eines Volkes“ auseinander. Steigt Bildung, folgt die Kultur „auf dem Fuße“. Analog sieht es bei einem Abstieg aus.

Des Weiteren, das wird häufig vergessen, zur Bildung gehören nicht nur die kommunalen öffentlichen Schulen, mit denen sich hauptsächlich die Kommunalpolitik zu befassen hat, sondern auch die Universitäten, die zunehmend um ihre Autonomie kämpfen müssen.

Bildung und Staatsziele

Man weiß schon spätestens seit dem Mittelalter, wer Einfluss auf die Bildung und Kultur zu nehmen in der Lage ist, kann die Menschen in seinem Sinne formen und manipulieren. Diese Erkenntnis beflügelt zunehmend in den letzten 150 Jahren wechselweise Politik und Ökonomie um sich die entsprechende Einflussweite zu sichern.

So kann man den Beginn des staatlich geförderten Schulsystems in Deutschland auf das Ende des 19. Jahrhunderts datieren, zu Zeiten in denen noch reines feudalistisch geprägtes, obrigkeitshöriges Denken an der Tagesordnung war, beeinflusst durch die christlichen Kirchen mit zusätzlich strenger von Polizei und Militär geforderter Gehorsamkeit.

Waren davor Bildung und Kultur mehr oder weniger private Angelegenheiten, bzw. wurden von privaten Mäzen und Gönnern gefördert, wurde ab Anfang des 20. Jahrhunderts die Bildung und mit ihr die Pädagogik mehr und mehr in staatliche Obhut genommen. Die Erziehung der jungen Menschen war rein zweckbestimmt durch Gehorsamkeit und Pflichterfüllung zur Vermehrung von Macht und Reichtum der sie regierenden.

Die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems entwickelte sich, um die jungen Menschen analog ihrer Fähigkeiten und geistigen Möglichkeiten zu unterweisen.

Zur Erreichung der staatlichen Ziele wurden die Lehrer verbeamtet, um sie ihrem Dienstherrn gegenüber zu unbedingtem Gehorsam und zur Durchsetzung der vorgegebenen Staatsziele zu verpflichten.

Zudem war das Bildungssystem mit strengen Regeln versehen, deren Verletzung mit drakonischen Strafen geahndet wurde. Es wurde schulische Leistung gefordert und auch erbracht. Wer den Leistungserwartungen nicht entsprach, blieb auf der Strecke.

Land der Dichter und Denker

Wichtig scheint dabei auch erwähnenswert, dass sich das damalige Deutsche Reich, als Land der Dichter und Denker, zum Ende des 19. Jahrhunderts einen hohen wirtschaftlichen und geistigen Status erarbeitet hatte. Dazu kamen die damals neuartigen von Reichskanzler Bismarck eingeführten Sozialgesetzgebungen. Dieses alles wurde besonders vom angelsächsischen Ausland neidvoll beobachtet.

Vergleicht man eine Statistik von weltweit bedeutenden Wissenschaftlern, Erfindern und Geistesschaffenden, so tauchten in der damaligen Zeit um 1900, im Gegensatz zur heutigen Zeit, überproportional viele deutschen Namen auf. Ein beredtes Zeugnis für eine damals geistige und wirtschaftliche Sonderstellung in der Welt.

Da sich aber andererseits zur gleichen Zeit Anzeichen bemerkbar machten, dass das britische Empire sich aufzulösen drohte, mussten von England aus zwingende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, um eine wie auch immer geartete Vormachtstellung Deutschlands in Europa oder gar weltweit abzuwenden.

„Wir müssen dafür sorgen, dass die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält“.

Dieses war ein Zitat aus dem Jahr 1893 des damals überaus einflussreichen britischen Politikers Lord Rosebery. Eine politische Sichtweise, die bis heute fortbesteht.

Wie schafft man es aber ein anderes Land, ein Volk von einem imaginären Sockel herunter zu holen? Man muss erstens dessen Wirtschaft schwächen und man muss zweitens Einfluss auf seine Kultur und in seine Bildung nehmen können.

Krieg als Mittel der Einflussnahme

Ein Krieg zwischen zwei oder gar mehreren Staaten ist ein wirksames Mittel den wirtschaftlichen Niedergang eines so ausgemachten Gegners einzuleiten.

Dabei beachtet man, dass bei moderner Kriegsführung ein Aggressor tunlichst vermeiden wird als solcher in Erscheinung zu treten. Er wird immer einen Krieg als „Verteidiger“ beginnen.

Die „Kriegskunst“ besteht also darin, den Gegner in eine Situation zu manövrieren, dass dieser nicht anders kann als einen „ersten militärischen Schlag“ auszuführen.

Heute wissen wir, denn man konnte es in den vergangenen Wochen recht ausführlich aus nationalen und internationalen Medien vernehmen und daraus seine Schlüsse ziehen, dass der erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 wohl von längerer Hand, jedoch nicht vorrangig von Deutschland, vorbereitet wurde, um schon damals den Weg in eine angedachte NWO (Neue Weltordnung) vorzubereiten, die möglichst weltweit eine angelsächsische Vorherrschaft, jetzt zunehmend unter Führung der USA anstrebte.

27 Jahre später, 1945, waren dann hier in Deutschland, nach Ende des zweiten Weltkrieges, mit der Niederschlagung und Überwindung des unsäglichen Nationalsozialismus, erst einmal die Voraussetzungen geschaffen, da wirtschaftlich und moralisch am Boden liegend, weltweit nicht mehr von Bedeutung zu sein. Seit dieser Zeit (fast 70 Jahre) fehlt uns die Souveränität eines freien selbst bestimmenden Staates. Der Weg hin zu einem Friedensvertrag mit allen am zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten ist noch nicht sichtbar.

Dafür sind wir aber sehr dankbar für eine angelsächsisch geprägte Demokratie und Denkweise, die in den letzten Jahrzehnten bei uns vor herrscht.

Der Angriff auf die Bildung

Nach dem Abstecher in die Weltpolitik der letzten 100 Jahre jetzt wieder zurück zum eigentlichen Thema Bildung.

Auch wenn es politisch nicht opportun ist zu erkennen, dass nachdem Deutschland wirtschaftlich „nieder gerungen“ war, dass nun ein Angriff auf die Bildung und Kultur erfolgte. Denn nach 1945 bestimmen nicht mehr die Feudalherren oder gar der nationale Staat die Bildungsziele, **unbemerkt und zunehmend geben** immer mehr die **Ökonomie, respektive** die internationale, angelsächsisch dominierte, **Wirtschaft die Bildungsziele bei uns vor.**

Wirkliche Bildungsreformen wären nach dem zweiten Weltkrieg dringend angesagt gewesen, zumal sich nach der Jahrhundertwende speziell in Deutschland viel zusätzliches Wissen angesammelt hatte und man gut daran getan hätte dieses neue Wissen spätestens in den anbrechenden Friedenszeiten nach dem Motto „Waffen zu Pflugscharen“ zu konservieren, zum Nutzen der zivilen Menschheit.

Statt sich damals schon über ein G10 zu verständigen, soll zurzeit sogar das G9 durch ein G8 auf Dauer ersetzt werden. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass politisch gewollt Bildungsabbau betrieben wird.

Dieser Bildungsabbau wird von Wirtschaftsexperten unterstützt, die darauf hinweisen, dass auf Grund der zunehmenden Automatisierung in allen Wirtschaftsbereichen immer weniger gebildete Menschen benötigt werden. Arbeit, die früher von vorwiegend gut ausgebildeten Menschen erledigt werden musste, wird immer mehr von seelenlosen Automaten und Computern erledigt und da man zunehmend die letztlich immer noch benötigte menschliche Arbeitskraft als Ware ansieht, steht diese in Konkurrenz zu den viel billiger einzusetzenden Automaten.

Durch diesen ökonomisch sanktionierten Bildungsabbau wird somit ein humanistischer Bildungsgedanke privaten Profiten geopfert. Nicht der Mensch ist mehr das Maß aller Dinge, sondern die Ökonomie.

Zusätzlich wird die Bildung in Deutschland auch noch von Fremd bestimmt, zum Beispiel durch die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development). Eine Organisation, in der sich seit 1961 weltweit 34 Staaten verpflichtet haben sich wirtschaftlich verbunden zu fühlen.

Die Interessen gebundene und zudem wider besseres Wissen unwissenschaftlich begleitete PISA-Studie und die Forderung zur allumfassenden Inklusion sind die bekanntesten Eingriffe in die unteren staatlichen, also öffentlichen Bildungssysteme der letzten Jahre durch diese Organisation.

Dazu kommt auch noch der in Gang gesetzte Bologna-Prozess, der darauf abzielt, dass in den Hochschulen die Grundlagenforschung vernachlässigt wird zu Gunsten marktabhängiger Strukturen. Eine Verschulung der Studenten an den Universitäten ist die Folge, die dadurch einen Verlust an akademischer Freiheit und Reife, im Humboldtschen Sinne, in Kauf nehmen müssen. Auch hier bestimmt zunehmend die Ökonomie nach dem Motto: „der Wissenschaftsbereich muss vermarktbar sein“.

Wissens-Quantität hat Vorrang vor Qualität.

Die derzeitige Links-Grüne Politik, die zeitlebens stets Wert auf Chancengleichheit in der Bildung legt, lässt sich von der Wirtschaft also sehenden Auges über den Tisch ziehen. Wir brauchen uns also nicht zu wundern, dass die wirtschaftsfreundlichen konservativen Parteien ruhig zusehen, wie die Links-Grünen helfend eingreifen und ihrerseits den Bildungsabbau für die Wirtschaft vorantreiben, in dem sie seit Jahren Unruhe im Bildungswesen verursachen, dadurch dass nur noch öffentliche Einheitsschulen favorisiert und vorrangig durchgesetzt werden. Respektive den Eltern der Schulkinder suggeriert wird, nur wer einen zur Zeit hoch angesehenen Schulabschluss vorweisen kann, hat auf dem Arbeitsmarkt die Chance einen Arbeitsplatz zu bekommen, oder kann an den Hochschulen studieren.

Es sieht so aus, dass wir uns auf den akademisch geschulte Taxifahrer und den mit einem Hungerlohn abg gespeiste Akademiker in Zukunft einstellen dürfen. Dafür unterstützt die Politik von rechts bis links vehement die globalisierte Wirtschaft auf dem Weg zur Neuen Weltordnung, die für ihr immer weiter und ständig angestrebtes unersättliches Wachstum jedoch immer weniger Menschen, sprich Arbeitskräfte, benötigt.

Ob wir eines Tages auch noch den guten alten „Dipl.-Ing.“ dringend vermissen werden, da wir jetzt mit Master und Bachelor überschwemmt werden, warten wir es ab.

Der Angriff auf die Kultur

Holen wir uns jetzt nochmals in Erinnerung dass Bildung und Kultur eine unzertrennlliche Einheit bilden. So sollten wir auch die Kultur noch etwas unter die

„Lupe“ nehmen und erkennen, wie geschickt in den letzten Jahren neben dem Bildungsabbau ein Keil zwischen unsere mitteleuropäische Kultur und die ursprüngliche Bildung getrieben wird.

Es wird schwer fallen zu akzeptieren, dass unsere angelsächsischen Freunde hierbei eine tolle Marketingarbeit geleistet haben und enorme Erfolge erzielt haben, zumal wir als deutsche Bürger doch eigentlich alle voll darauf „abgefahren“ sind.

Nehmen wir zum Beispiel die Musikkultur mit Rock'n roll, Swing und Jazz oder Beat und Musical. Ohne diese Musik-Arten könnten wir uns das Leben gar nicht mehr vorstellen. Auch wenn alle Liedtexte fast ausschließlich in englischer Sprache gesungen werden. So hat die Musik uns unbewusst total vereinnahmt und beeinflusst unsere Kultur weiterhin

Oder schauen wir uns die Handelskultur an. Die Mc-Donaldisierung mit den Franchising-Systemen, auf Deutsch Konzessionsverkauf, - in keiner Stadt sind sie mehr weg zu denken. Oder denken wir an die neuen großen Einkaufstempel in den Städten. Als Shopping-Mall's sind sie ein zentralistisches Handelssystem zur Mehrung des Umsatzes der in ihnen angesiedelten Handelsbetriebe und spiegeln eine Globalisierung auf kommunaler Ebene wieder.

Überall im Handel leuchtet uns das Wort „SALE“ entgegen. Auf weniger kann man eine Sprache eigentlich nicht reduzieren. Denn „Sale“ bedeutet ins Deutsche übersetzt z.B. Verkauf, Geschäftsabschluss, Ausverkauf, Schlussverkauf, Verkaufsabteilung, Absatz oder gar Auktion. Man muss sich aussuchen, was mit „Sale“ denn wirklich gemeint ist.

In der Esskultur hat man uns den „Hamburger“ oder etwas kürzer ausgedrückt den „Burger“ beschert und in der Bekleidungskultur z.B. die „Blue Jeans“, die „Baseball Caps“ und die „T-Shirts“ usw. Jetzt etwas verspätet müssen wir uns an die dunkelblauen Uniformen der Polizei gewöhnen, das frühere freundliche Grün hat außer in Bayern weitestgehend ausgedient.

Den Computer sollten wir auch nicht vergessen. In Deutschland von Konrad Zuse erfunden, hat er in Amerika seine rasante technische Entwicklung genommen und da er ausschließlich mittels Befehlen aus der englischen Sprache programmiert wird, wurde die bisherige allgemein übliche Datentechnik total revolutioniert. Was jedoch das schlimme dabei ist, ohne die Computertechnik, sofern sie aus technischen Gründen einmal ausfällt, kommt unser auf die Wirtschaft ausgerichtetes Leben total aus dem Takt.

Wenn wir bewusst oder unbewusst den Eingriff der nur wenigen obigen Beispiele in die heimische Kultur akzeptiert haben, so ist manchem nicht bewusst, welcher zusätzliche Einfluss auf unsere Sprache dabei vorgenommen wurde und wird. Nicht umsonst wird etwas humorvoll vom sich breit machenden „Denglisch“ gesprochen. Wir wollen ruhig akzeptieren dass eine Sprache leben muss, und neuen Begriffen gegenüber nicht verschlossen bleiben darf. Aber wenn es so weit kommt, dass neue Worte nicht nur in den deutschen Sprachschatz aufgenommen werden um ihn zu ergänzen, sondern um die alten Worte zu ersetzen, oder dass gar in der Satzbildung eine Wortreduzierung und damit eine Sprachverflachung stattfindet, dann sollten doch viele „rote Lampen“ angehen.

Wir begehen den „Day of Song“ statt den Tag des Liedes, wir gehen „shoppen“ statt einkaufen, oder wir bereiten uns auf ein „Date“ vor, statt auf ein Stelldichein. Viele Beispiele lassen sich finden, wie auf unser wichtigstes Kulturgut, die Sprache, Einfluss genommen wird.

Wir sollten überlegen, ob wir das wirklich wollen, dass wir das Filigrane und Nuancenreiche, für manchen Begriff oder Gegenstand mehrere Worte bereithaltende

der deutschen Sprache, eintauschen gegen das eher Plumpe rein zweckgebundene einer angelsächsisch geprägten Sprache?

Schlussbetrachtung

Danke, wenn Sie den obigen Text bis hier her gelesen haben und der Argumentation auch folgen konnten. Wahrscheinlich gibt es noch eine Reihe von anderen Aspekten, die auf unser Bildungswese Einfluss nehmen. Aber damit dieser Aufsatz, welcher der Wählergemeinschaft UVB gewidmet ist, nicht endlos lang wird, sollen die eingebrachten Anregungen zum Nachdenken erst einmal genug sein.

Wir erkennen, dass zurzeit die öffentliche Bildung fast ausschließlich von der Ökonomie und Wirtschaft beeinflusst wird. Wie sähe es jedoch aus, wenn die Wirtschaft dann auch die Kosten für die Bildung übernehmen würde? Aber da haben wir wohl „die Rechnung ohne den Wirt gemacht“. Es ist angenehmer, geschickt den Staat als Handlanger auszunutzen, um dem Steuerzahler alle finanziellen Lasten für die Bildung seiner Kinder aufzubürden.

Es macht betroffen, dass der Niedergang unserer nationalen Bildung bereits vor über 100 Jahren angedacht wurde. Vielleicht nicht in allen Einzelheiten so wie sich derzeit alles darstellt, aber in Voraussicht auf eine immer mehr globalisierte Welt, unter dem Einfluss bestimmter Machteliten.

Seitens der Wirtschaft und parteipolitisch ist absehbar keine Änderung zu erwarten.

So bleibt nur zu hoffen, dass es genügend mit gesundem Sachverstand denkende Menschen gibt, die immer wieder auf die Widrigkeit des derzeitigen Bildungssystems aufmerksam machen und dem Zeitgeist widerstehen.

Man wird erleben, dass in Velbert seitens der Verwaltung so oft der Versuch unternommen wird die politisch konformen Bildungseinrichtungen zu installieren, bis die verunsicherten Eltern der Schulkinder gestresst aufgeben und alles akzeptieren, was man ihnen an öffentlichen Einrichtungen vorsetzt.

Das schlimmste was in Deutschland, vielleicht in ganz Europa, demnächst passieren könnte wäre die neue Verfestigung einer Mehrklassengesellschaft, in der nur noch die Kinder, deren Eltern genügend Geld zur Verfügung haben, dann an privaten Schulen eine exzellente und ausreichende auf ihre Belange zugeschnittene Bildung erhalten werden.

Für jene, die sich auf rein öffentliche Bildung verlassen, könnte in Zukunft die Luft dünn werden.

30.September 2014
Dietger Döhle

Es war zu befürchten!

Das neue Edeka-Center auf dem alten Woeste-Gelände geht zügig voran. Es entsteht auf 5.000 Quadratmetern (Verkaufsfläche) ein Superladen. Das dieses gigantische Projekt nicht ohne Verluste für die kleineren Edeka-Läden in Velbert-Mitte vor sich gehen kann, war uns schon früher klar. Der Edeka-Markt gegenüber dem Media-Markt wird wohl geschlossen, aber was viel schlimmer für die Velberter ist - der Markt an der Thomasstraße wird wohl auch nicht mehr lange geöffnet bleiben. Damit bleibt in der Velberter Unterstadt nicht mehr viel an Nahversorgern. Eigentlich schade.

Dirk aus dem Siepen
UVB Ratsmitglied
Velbert, 28. Februar 2014

Jetzt trifft es uns alle!

Ab 15. Februar werden wir erstmals die unsinnige Entscheidung von CDU, SPD und FDP im Geldbeutel spüren. Durch die Erhöhung der Grundsteuer B zahlen Mieter, Eigentümer von Häusern, Wohnungen und Gewerbeimmobilien ca. 25% mehr als im letzten Jahr. Da auch sonst alles teurer wird, wie Heizöl, Gas und Strom werden die Nebenkosten schneller steigen als Lohn und Gehalt. Wann wird endlich auch einmal bei der Stadt gespart und nicht nur weiter die Bürger ausgepresst? Wer locker mal den Verlust eines Einkaufszentrum, als nicht problematisch hinstellt, 53.000,-- € für einen unnötigen Bürgerentscheid oder Millionen für ein unnötiges, überdimensioniertes Sportzentrum ausgeben kann, sollte erst mal selbst sparen und nicht die Grundsteuer B erhöhen.

Dirk aus dem Siepen
UVB Ratsmitglied
Velbert, 22. Februar 2014